



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Cemal Bozoglu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 17.01.2019

Rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2018

Ich frage die Staatsregierung:

- 1.1 Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger hat die Bayerische Polizei im Jahr 2018 im PMK-Phänomenbereich „PMK-rechts“ (PMK = Politisch motivierte Kriminalität) registriert (bitte nach Regierungsbezirken, dem Ort der Straftat und den jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)?
- 1.2 Wie viele davon waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)?
- 1.3 Wie viele der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger wurden mit dem Tatmittel „Internet“ begangen?
2. Wie viele Personen wurden 2018 Opfer von gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger gerichteten Straftaten im PMK-Phänomenbereich „PMK-rechts“ in Bayern?
3. Wie haben sich die Fallzahlen in diesem Phänomenbereich in Bayern seit Einführung des Unterthemas „gegen Amts-/Mandatsträger“ entwickelt?
- 4.1 In wie vielen Fällen konnten der bzw. die Täter ermittelt werden?
- 4.2 Wie ist jeweils der Stand des Verfahrens (aufgeschlüsselt nach: Einstellung des Verfahrens unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes, Anklageerhebung, Verurteilung, andauernden Ermittlungen)?
- 4.3 Wie viele Straftäter wurden wegen dieser Taten verurteilt (bitte Strafen angeben)?

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz
vom 01.04.2019

Vorbemerkung:

Die Rechercheergebnisse des Landeskriminalamtes (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK).

Im Sinne des Betreffs der Schriftlichen Anfrage beziehen sich alle Auswertungen auf rechtsextremistisch motivierte Straftaten.

1.1 Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger hat die Bayerische Polizei im Jahr 2018 im PMK-Phänomenbereich „PMK-rechts“ (PMK = Politisch motivierte Kriminalität) registriert (bitte nach Regierungsbezirken, dem Ort der Straftat und den jeweiligen Straftatbeständen aufschlüsseln)?

Nach Auskunft des BLKA waren im Jahr 2018 in Bayern 44 Straftaten im Sinne der Fragestellung sowie des Betreffs (vergleiche auch Vorbemerkung) zu verzeichnen. Die gewünschte Aufschlüsselung ist Anlage 1 zu entnehmen.

1.2 Wie viele davon waren Gewaltdelikte (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung)?

Nach Auskunft des BLKA waren unter den in der Antwort zu Frage 1.1 genannten Straftaten keine Gewaltdelikte.

1.3 Wie viele der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger wurden mit dem Tatmittel „Internet“ begangen?

Nach Auskunft des BLKA wurden 17 Straftaten mittels des Tatmittels Internet (Internet, E-Mail) begangen.

2. Wie viele Personen wurden 2018 Opfer von gegen Amts- und Mandatsträgerinnen bzw. Amts- und Mandatsträger gerichteten Straftaten im PMK-Phänomenbereich „PMK-rechts“ in Bayern?

In der Fallzahlendatenbank des KPMD-PMK werden nur bei politisch motivierten Gewaltdelikten Angaben zu Opfern erfasst. Mangels Gewaltdelikt im Jahr 2018 in Bayern liegen keine Daten zu Opfern vor (vergleiche auch Antwort zu Frage 1.2).

3. Wie haben sich die Fallzahlen in diesem Phänomenbereich in Bayern seit Einführung des Unterthemas „gegen Amts-/Mandatsträger“ entwickelt?

Der KPMD-PMK enthielt bis 2015 keine Datenfelder, welche eine konkrete Zuordnung von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger ermöglicht hätten.

Nach Auskunft des BLKA wurden im Jahr 2016 in Bayern 100 und im Jahr 2017 in Bayern 74 rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger registriert. Hinsichtlich des Jahres 2018 wird auf die Antwort zu Frage 1.1 verwiesen.

4.1 In wie vielen Fällen konnten der bzw. die Täter ermittelt werden?

4.2 Wie ist jeweils der Stand des Verfahrens (aufgeschlüsselt nach: Einstellung des Verfahrens unter Angabe des jeweiligen Einstellungsgrundes, Anklageerhebung, Verurteilung, andauernden Ermittlungen)?

4.3 Wie viele Straftäter wurden wegen dieser Taten verurteilt (bitte Strafen angeben)?

Die vom BLKA zu Frage 1.1 erstellte Verfahrensliste enthält 44 Vorfälle. Zu einem dieser Vorfälle wurde durch die Polizei beim Deutschen Bundestag ein Verfahren eingeleitet. Ob eine Abgabe an eine bayerische Staatsanwaltschaft erfolgte, ist nicht bekannt. Ein weiteres polizeilich eingeleitetes Verfahren liegt der zuständigen Staatsanwaltschaft noch nicht vor, die polizeilichen Ermittlungen dauern an. In 19 der übrigen 42 Fälle konnten Täter ermittelt werden. Zum diesbezüglichen Verfahrensstand kann Folgendes mitgeteilt werden:

- In drei Verfahren dauern die Ermittlungen der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften noch an.
- Drei Verfahren wurden an die jeweils zuständigen Staatsanwaltschaften außerhalb Bayerns abgegeben.

- In 30 Verfahren erfolgte eine Einstellung des Ermittlungsverfahrens gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO), weil ein Tatnachweis nicht mit der für eine Anklageerhebung erforderlichen Sicherheit zu führen war, ein Verfahrenshindernis vorlag, der Straftatbestand nicht erfüllt war, wegen Schuldunfähigkeit des Täters oder weil bei gegen Unbekannt geführten Ermittlungsverfahren ein Täter nicht ermittelt werden konnte.
 - In drei Verfahren erfolgten Einstellungen aus Opportunitäts Gesichtspunkten (§§ 153 ff StPO).
 - In einem Verfahren wurde der Täter rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen à 20 Euro verurteilt.
 - In weiteren zwei Verfahren wurden Anklagen erhoben. In diesen Verfahren liegt noch keine abschließende gerichtliche Entscheidung vor. In einem der zur Anklage gebrachten Fälle erfolgte eine vorläufige Einstellung des Verfahrens durch das Gericht, da der Angeschuldigte unbekannten Aufenthalts ist. Nach ihm wird gefahndet.
- Hinsichtlich der weiteren Details wird auf die Anlage 2 verwiesen.

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 17. Januar 2019 betreffend "Rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2018"

Anlage 1 - Aufschlüsselung zu Frage 1.1

Regierungsbezirk	Ort	Paragraph	Gesetz	Norm
Oberbayern	München	241	StGB	Bedrohung
Schwaben	Günzburg	130	StGB	Volksverhetzung
Unterfranken	Haßfurt	241	StGB	Bedrohung
Niederbayern	Tann	185	StGB	Beleidigung
Unterfranken	Marktheidenfeld	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Neu-Ulm	185	StGB	Beleidigung
Niederbayern	Offenberg	130	StGB	Volksverhetzung
Oberbayern	Rosenheim	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Ellzee	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen
Unterfranken	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung
Mittelfranken	Nürnberg	90a	StGB	Verunglimpfung des Staates
Oberbayern	München	303	StGB	Sachbeschädigung
Niederbayern	Regen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen
Niederbayern	Viechtach	185	StGB	Beleidigung
Mittelfranken	Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung
Oberbayern	Mülldorf a. Inn	111	StGB	Öffentliche Aufforderung von Straftaten
Niederbayern	Passau	130	StGB	Volksverhetzung
Unterfranken	Kist	90b	StGB	Verunglimpfung von Verfassungsorganen
Schwaben	Friedberg	188	StGB	Uble Nachrede/Verleumdung von Politiker
Oberbayern	Moorenweis	130	StGB	Volksverhetzung
Niederbayern	Deggendorf	185	StGB	Beleidigung
Niederbayern	Bodenmais	185	StGB	Beleidigung
Unterfranken	Kist	90b	StGB	Verunglimpfung von Verfassungsorganen
Mittelfranken	Lauf a.d. Pegnitz	130	StGB	Volksverhetzung
Unterfranken	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung
Oberbayern	München	241	StGB	Bedrohung
Oberpfalz	Dietfurt a.d. Altmühl	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen
Niederbayern	Eging a. See	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Höchstädt a.d. Donau	130	StGB	Volksverhetzung
Unterfranken	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Stadtbergen	188	StGB	Uble Nachrede/Verleumdung von Politiker
Oberbayern	Wellheim	185	StGB	Beleidigung
Oberbayern	Holzkirchen	303	StGB	Sachbeschädigung
Oberbayern	München	303	StGB	Sachbeschädigung
Niederbayern	Dingolfing	303	StGB	Sachbeschädigung
Oberbayern	München	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung
Oberbayern	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen
Schwaben	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Augsburg	130a	StGB	Anleitung zu Straftaten
Oberbayern	Haar	130	StGB	Volksverhetzung
Schwaben	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Cemal Bozoglu vom 17. Januar 2019 betreffend "Rechtsextremistische Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2018"

Anlage 2 – Aufschlüsselung zu Fragen 4.1, 4.2 und 4.3

Lfd. Nr.	Tattag	Tatort	Paragraph	Gesetz	Norm	Täter ermittelt ? (j/n)	Verfahrensstand	Verurteilungen
1	02.01.2018	München	241	StGB	Bedrohung	n	§ 170 Abs. 2 StPO ¹	
2	02.01.2018	Günzburg	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
3	21.02.2018	Haßfurt	241	StGB	Bedrohung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
4	03.01.2018	Tann	185	StGB	Beleidigung	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
5	02.03.2018	Marktheidenfeld	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
6	22.02.2018	Neu-Ulm	185	StGB	Beleidigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
7	06.03.2018	Offenberg	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
8	04.04.2018	Rosenheim	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
9	17.04.2018	Ellzee	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
10	14.03.2018	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	j	Abgabe StA Freiburg	
11	21.04.2018	Nürnberg	90a	StGB	Verunglimpfung des Staates	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
12	29.05.2018	München	303	StGB	Sachbeschädigung	j	§ 170 Abs. 2 StPO	

¹ Verfahrenseinstellung nach § 170 Abs. 2 StPO mangels Tatnachweis, Nichterfüllung des Tatbestandes, Verfahrenshindernis, Schuldunfähigkeit oder weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte.

13	16.04.2018	Regen	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
14	23.03.2018	Viechtach	185	StGB	Beleidigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
15	18.06.2018	Nürnberg	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
16	07.06.2018	Mühldorf a. Inn	130, 126	StGB	Volksverhetzung/Störung des öff. Friedens	j	Rechtskräftiges Urteil	150 Ts à 20 €
17	09.05.2018	Passau	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
18	25.04.2018	Kist	90b	StGB	Verunglimpfung von Verfassungsorganen	j	Abgabe StA Wiesbaden	
19	25.01.2018	Friedberg	188	StGB	Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
20	25.05.2018	Moorenweis	130	StGB	Volksverhetzung	j	Anklageerhebung	§ 205 StPO ² , Fahndung
21	20.06.2018	Deggendorf	185	StGB	Beleidigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
22	28.06.2018	Bodenmais	185	StGB	Beleidigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
23	25.04.2018	Kist	90b	StGB	Verunglimpfung von Verfassungsorganen	j	Abgabe StA Wiesbaden	
24	16.06.2018	Lauf a.d. Pegnitz	130	StGB	Volksverhetzung	j	§ 153 Abs. 1 StPO ³	
25	29.06.2018	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
26	24.06.2018	München	241	StGB	Bedrohung		liegt noch nicht vor	

² Einstellung des Verfahrens bei vorübergehenden Hindernissen gem. § 205 StPO.

³ Absehen von der Verfolgung wegen Geringfügigkeit gem. § 153 Abs. 1 StPO.

27	11.09.2018	Dietfurt a.d. Altmühl	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
28	05.04.2018	Eging a. See	130	StGB	Volksverhetzung	j	Anklageerhebung	
29	07.05.2018	Höchstädt a.d. Donau	130	StGB	Volksverhetzung	j	§ 154 Abs. 1 StPO ⁴	
30	05.09.2018	Würzburg	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
31	29.05.2018	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung	j	Ermittlungen dauern an	
32	04.05.2018	Stadtbergen	188	StGB	Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	j	§ 154 Abs. 1 StPO ⁵	
33	26.11.2018	Wellheim	185	StGB	Beleidigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
34	20.10.2018	Holzkirchen	303	StGB	Sachbeschädigung	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
35	23.11.2018	München	303	StGB	Sachbeschädigung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
36	06.08.2018	Dingolfing	303	StGB	Sachbeschädigung	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
37	04.12.2018	München	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
38	24.05.2018	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung	j	Ermittlungen dauern an	
39	14.05.2018	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung	j	Ermittlungen dauern an	
40	10.11.2018	München	86a	StGB	Verwenden von Kennzeichen	n	§ 170 Abs. 2 StPO	

⁴ Einstellung nach § 154 Abs. 2 StPO im Hinblick auf weitere Strafverfahren gegen den/die Beschuldigte(n).

⁵ Verurteilung in einem Bezugsverfahren zu fünf Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung.

41	27.07.2018	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung	n	§ 170 Abs. 2 StPO	
42	28.08.2018	Augsburg	130a	StGB	Anleitung zu Straftaten	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
43	26.06.2018	Haar	130	StGB	Volksverhetzung	j	§ 170 Abs. 2 StPO	
44	11.06.2018	Kaufbeuren	130	StGB	Volksverhetzung		nicht zuzuordnen ⁶	

⁶ Sachbearbeitung durch die Polizei des Deutschen Bundestages, ob eine Abgabe an eine bayerische Staatsanwaltschaft erfolgte, ist nicht bekannt.